

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung**  
**des Sozialausschusses**  
**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, den 08.03.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	15.00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	17.10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Rathaus, Sitzungszimmer 1

## **Anwesend waren:**

### Stadtvorstand

Beate Steeg

### SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff

Hans-Joachim Weinmann

Gabriele Albrecht

Barbara Baur

Paul Ludwig

Christel Aderhold

### CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

Beate Czodrowski

Barbara Defossé

Joannis Chorosis

Christoph Heller

Markus Trescher

### Liberal Konservative Reformer

Andreas Kühner

### FDP-Stadtratsfraktion

Dieter Schneider

### FWG-Stadtratsfraktion

Hans Arndt

### DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

### Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Ibrahim Yetkin

### *Entschuldigt fehlten:*

### Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Peter Tanzmeier

### *Gäste:*

Dr. Reinhard Herzog

Francesco Vena

Marianne Speck

Petra Michel

CDU-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Bürgerinitiative Respekt: Menschen!

Diakonie

### Schriftführer/in

Margit Geibel

## Tagesordnung:

- .
  - 1. Vorstellung von KAUSA -"Koordinationsstelle Ausbildung und Migration" sowie des Coachs für betriebliche Ausbildung  
Vorlage: 20185411
  - 2. Vorstellung des Projekts "Gesundheits- und Förderteams vor Ort - Förderung körperlicher, mentaler und sozialer Integrität von belasteten, schwer erreichbaren Eltern und ihren Kindern" GTO des Jugendamtes  
Vorlage: 20185412
  - 3. Sachstandsbericht Asyl  
Vorlage: 20185414
  - 4. Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat zum Stadtrat am 11.12.2017: Prüfantrag Kältebus
- . Anfragen
  - 1. Krankenkosten für Asylbewerber und Geduldete (Asylbewerberleistungsberechtigte)  
Vorlage: 20185458
  - 2. Stellenbesetzungen innerhalb des Dezernates 5  
Vorlage: 20185460

Frau Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck begrüßt die Mitglieder. Sie bedankt sich für ihr aktives Einbringen im Sozialausschuss.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Beigeordnete Steeg, schließt sich der Begrüßung der Mitglieder und der Presse an. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss ist beschlussfähig.

Die Vorsitzende verweist auf zwei Anfragen zur Sitzung. Die Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion wird schriftlich beantwortet, die Beantwortung der Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat wird nachgereicht.

Frau Steeg verweist auf den in der Sitzung des Stadtrates vom 11.12.2017 an den Sozialausschuss erteilten Prüfauftrag Kältebus. Grundlage war der Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat. Die Antwort zu diesem Antrag soll in der heutigen Sitzung in mündlicher Form erfolgen. Die Mitglieder des Sozialausschusses stimmen der Ergänzung der Tagesordnung zu.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Vorstellung von KAUSA -"Koordinationsstelle Ausbildung und Migration" sowie des Coachs für betriebliche Ausbildung**

Frau Simone Uhrmeister-Jammer, Serviceberaterin der KAUSA Servicestelle Rheinland-Pfalz Handwerkskammer der Pfalz, stellt die KAUSA- Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration“ vor. Ihre Präsentation ist dem Protokoll beigelegt. Diese Koordinierungsstelle, die seit 15.02.2017 landesweit besteht, ist Teil des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER beim Bundesinstitut für Berufsbildung und wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Europäischen Sozialfonds. Beteiligte Partner sind die Handwerkskammern Koblenz, Trier, Rheinhessen und die Handwerkskammer der Pfalz.

Die KAUSA Servicestelle berät und informiert Selbstständige, Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund sowie junge Flüchtlinge rund um das Thema berufliche Bildung. Dabei arbeitet sie mit Netzwerk-Partnern aus der Berufsausbildung, Unternehmen, Schulen sowie Migrantenorganisationen in der Region zusammen.

Die „Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration“ hat zum Ziel, mehr Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund für die Berufsausbildung zu gewinnen, die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und Eltern über die berufliche Ausbildung zu informieren.

Der Coach für betriebliche Ausbildung erhält von der Arbeitsagentur bzw. dem Jobcenter Zuweisungen und bildet die Schnittstelle zu den Jugendlichen. Er erstellt mit Ihnen Bewerbungen, geht mit ihnen in die Betriebe und betreut sie. Die Betriebe sind offen und bieten den Flüchtlingen oftmals eine Einstiegsqualifikation.

Herr Scharff betont, alles sei gut, was der Integration diene. Auch Herr Dr. Uebel dankt für die Ausführungen und sieht hier eine Verbindung zum Thema „Mangel an Fachkräften“.

## **BESCHLUSS**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **zu 2      Vorstellung des Projekts "Gesundheits- und Förderteams vor Ort - Förderung körperlicher, mentaler und sozialer Integrität von belasteten, schwer erreichbaren Eltern und ihren Kindern" GTO des Jugendamtes**

Die Vorsitzende verweist auf den Gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Stadtratsfraktion „Gesundheit für alle“, der im Sozialausschuss am 26.10.2016 behandelt wurde.

Sie begrüßt Herrn Jürgen May, Leiter des Stadtjugendamtes. Er verweist auf ein filigranes Netzwerk, das mit weit über 100 Angeboten in der Stadt aufgebaut wurde. Frau Maria Beck berichtet aus der Praxis. Unter der Trägerschaft „Familie in Bewegung“ existiert eine Elternberatung mit vielen niederschweligen Angeboten an zwei Standorten: im St. Marienkrankenhaus und in der Rheinallee 3. Diese Angebote umfassen die frühkindliche Entwicklungsbera-

tung, die Stärkung der Elternkompetenz, altersgerechte Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Beratungsgespräche, sozialrechtliche Fragen usw. Die Beraterinnen sind Familienkrankenschwestern und Sozialpädagoginnen.

Die Mitarbeiterinnen gehen aufsuchend vor, sie zeigen sich zum Beispiel auf Spielplätzen. Sie sind bemüht, Vertrauen aufzubauen. Dazu ist zwingend Voraussetzung, dass die Angebote verlässlich und nachhaltig sind. Die Vernetzung ist wichtig: So lernen sich Mütter zum Beispiel bei gemeinsamen Ausflügen kennen. Ab August 2017 wurden die Angebote durch einen offenen Treff für Väter und Kinder erweitert.

Eine Regelfinanzierung wäre wünschenswert. Herr May berichtet von einem Telefonat am Tag zuvor, in dem auch für 2018 eine Projektförderung in Höhe von 20.000 € zugesagt wurde.

Herr Dr. Uebel dankt für den Bericht. Präventionsmaßnahmen bildeten ein Hauptthema, das für bessere Perspektiven umfangreicher beachtet werden muss. Herr Scharff schließt sich den Worten an und verweist darauf, dass eine Koordinierungsstelle wünschenswert sei.

### **BESCHLUSS**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **zu 3 Sachstandsbericht Asyl**

Frau Beigeordnete Steeg informiert die Mitglieder des Sozialausschusses über den aktuellen Sachstand zum Thema Asyl. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Scharff dankt für den Bericht der zeige, dass Ludwigshafen eine gute Willkommenskultur habe. Er spricht seinen Dank an die Ehrenamtlichen und die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Herr Dr. Uebel schließt sich den Dankensworten an. Man merke, dass das Thema mit Herzblut im Sozialdezernat behandelt werde. Das Thema Integration rücke immer mehr in den Fokus. Auf Nachfrage von Herrn Kühner teilt Frau Steeg mit, dass der Antrag der LKR-Fraktion für die Sitzung des Stadtrates am 19. März 2018 zum Thema „Asyl“ dort behandelt werde. Den Zuzugsstopp von Flüchtlingen nach Pirmasens habe man zur Kenntnis genommen und beobachte für Ludwigshafen die Wanderungen.

### **BESCHLUSS**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### **zu 4 Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat zum Stadtrat am 11.12.2017 Prüfantrag Kältebus**

Frau Steeg verweist auf den in der Sitzung des Stadtrates vom 11.12.2017 an den Sozialausschuss erteilten Prüfauftrag Kältebus. Grundlage war der Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat. Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Gerbes, Abteilungsleiter der Abteilung Wohnraumsicherung, führt aus: Mangels richtungsweisender Vorgaben der Gesetzgebung bzw. einer normierten Begrifflichkeit muss hin-

sichtlich der Bedeutung "Obdachlose" auf die (Polizei-)Rechtslehre zurückgegriffen werden. Nur die unfreiwillige Obdachlosigkeit begründet die sachliche Zuständigkeit der Polizei bzw. Ordnungsbehörden, Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Beseitigung der Obdachlosigkeit durchzuführen. Da die unfreiwillige Obdachlosigkeit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, sind nach den Polizei/Ordnungsgesetzen der Länder die jeweiligen Gemeinden verpflichtet, diese Gefahr zu beseitigen.

Die freiwillige Obdachlosigkeit stellt einen von der Rechtsordnung akzeptierten bzw. tolerierten Zustand dar. Die Entscheidung des Einzelnen, bei Tag und Nacht im Freien zu leben, ist Ausdruck und Folge des nach Art. 2 Abs. 1 GG geschützten Rechts auf die allgemeine Handlungsfreiheit. Im Ergebnis bedeutet das, dass allein der/die Obdachlose entscheidet, ob freiwillige oder unfreiwillige Obdachlosigkeit vorliegt.

Seit 1991 sind Veröffentlichungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. zufolge, mindestens 292 Menschen in Deutschland an Unterkühlung im Freien gestorben. In den beiden letzten Monaten in 2017 wurden drei Männer tot aufgefunden. Die Fundorte: Schrebergartenanlage, Wald außerhalb, unter einer Brücke. Im Grundgesetz ist jedem das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit garantiert. Es ist somit Aufgabe und Pflicht einer jeden Gemeinde im Rahmen ihrer Zuständigkeit dieses Grundrecht zu schützen. Wegen der Beeinträchtigung der Grund- und Menschenrechte stellt der drohende Kältetod eines freiwillig Obdachlosen deshalb auch eine Gefahr dar. Die Literatur sieht hier den Polizeivollzugsdienst in der Pflicht. Die Polizei hat folglich einen drohenden Kältetod auch dann zu verhindern, wenn die betreffende Person die Hilfe ablehnt oder sich dagegen wehrt. Notfalls ist die gefährdete Person unter Anwendung von unmittelbarem Zwang zu ihrem eigenen Schutz in Gewahrsam zu nehmen.

Die Zahl unfreiwillig Obdachloser in Ludwigshafen ging in der Zeit seit 1994 bis 2005 kontinuierlich zurück. Während es im Jahr 1994 noch 9.936 Notübernachtungen gab, waren es im Jahr 2005 lediglich noch 534. Seither nimmt die Zahl der freiwillig Obdachlosen, die eine Notübernachtung in Anspruch nehmen, sukzessive wieder zu. In 2017 lösten 219 Menschen insgesamt 1.167 Notübernachtungen aus. Die Finanzierung dieser Notübernachtungen gilt als freiwillige Leistung der Stadt Ludwigshafen. Der Finanzierung liegt eine Vereinbarung zugrunde, eine gesetzliche Verpflichtung ist nicht gegeben.

Außerhalb der üblichen Arbeitszeit können freiwillig Obdachlose bis zur nächstmöglichen Vorsprache bei der Fachstelle für Wohnraumsicherung im Haus St. Martin übernachten. Äußert ein freiwillig Obdachloser jedoch den Wunsch, als unfreiwillig Obdachloser Hilfe zu erhalten, kann er von Polizei, Feuerwehr, Rettungskräften an Mitarbeiter der Fachstelle für Wohnraumsicherung "rund um die Uhr" vermittelt werden.

Traditionell waren und sind freiwillig Obdachlose in Ludwigshafen Kunden des Caritasverbandes der Diözese Speyer e.V. (Notübernachtung und Resozialisierung) bzw. des Betreibers der Teestube in der Rohrlachstraße 69 (Tagesaufenthalt) und der Suppenküche in der Apostelkirche.

Bei Auffälligkeiten im öffentlichen Raum reagiert je nach Grad der Delinquenz der Kommunale Vollzugsdienst bzw. die Polizei. Mitunter ist auch eine Intervention auf Basis des Landesgesetzes für psychisch Kranke notwendig.

Laut eigenen Berechnungen übernachteten freiwillig Obdachlose im Jahr 2017 durchschnittlich an 5,33 Tagen in Ludwigshafen. 156 der 219 Menschen kamen in dieser Zeit lediglich einmal nach Ludwigshafen. Die freiwillige Obdachlosigkeit gaben 18 Personen auf und wurden von der Fachstelle für Wohnraumsicherung in Unterkünfte eingewiesen.

Der Verwaltung sind sechs freiwillig Obdachlose in Ludwigshafen bekannt, die auch im Winter "Platte machen" und die bestehenden Angebote verweigern oder ignorieren.

In der "näheren" Umgebung sind vier Städte, in welchen Kältebusse unterwegs sind, bekannt: In der Region Mainz betrieben von der Obdachloseninitiative "Platte", in Mannheim von der Stadtverwaltung (Fachbereich Arbeit und Soziales, Wohnungslosenhilfe), in Stuttgart seit 2013 vom DRK und in Saarbrücken von einem privaten Verein mit Namen "Initiative Kältebus".

In Mannheim dient in den Wintermonaten ein Fahrzeug (häufig gesponsort von: Rotary, VR Bank, Mercedes-Benz NL Mannheim) der Stadtverwaltung als Kältebus. Nach Bedarf bzw. Temperaturen ab 0 Grad ist der Bus zwischen 21:00 und 0:00 in der Innenstadt im Einsatz. Angeboten werden heiße Getränke, Decken, Schlafsäcke, die Vermittlung weiterer Hilfen und die Weitergabe der Adressen der Notübernachtungsstellen. Die Stadtverwaltung Mannheim geht laut Presseberichten von 40 bis 80 Wohnungslosen in der Stadt aus, laut Äußerungen der Kollegen der Mannheimer Wohnungslosenhilfe werden 20 bis 40 Menschen mit dem Angebot "Kältebus" erreicht.

Zusammenfassend gesagt: Um einen freiwillig Obdachlosen vor dem Erfrierungstod zu schützen, gilt das beschriebene Verfahren (Schutzgewahrsam). Der mögliche Einsatz eines Kältebusses ist unter fiskalischer Aspekt gesehen eine freiwillige Leistung einer Kommune, da kein gesetzlicher Auftrag besteht und die Ausführungen zum Gewahrsam gesetzlich vollkommen ausreichend sind. Herr Gerbes betont, ein solches Verfahren für sechs Menschen in freiwilliger Obdachlosigkeit, die aus seiner Sicht nicht mitfahren würden, sei nicht rentabel.

Die Verwaltung schlägt eine alternative Maßnahme vor: Eine anonyme mit voller Ausstattung versehene Wohnung könne zur Verfügung gestellt werden. Wer wann in diesen Räumlichkeiten schlafe werde nicht kontrolliert. Lediglich der Hygienezustand solle regelmäßig überprüft werden. Die Verwaltung schlägt vor, diese Vorgehensweise zu probieren und im nächsten Jahr dem Sozialausschuss zu berichten.

Herr Scharff ist mit dem Vorschlag einverstanden. Auch Herr Dr. Uebel begrüßt diese Alternative und bittet um Bericht in einem Jahr. Herr Yetkin betont, dass jedes Leben zähle.

## **BESCHLUSS**

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

### **zu           Anfragen**

#### **zu 1           Krankenkosten für Asylbewerber und Geduldete (Asylbewerberleistungsberechtigte)**

Die Verwaltung wird die geforderten Antworten ermitteln und unmittelbar nach Fertigstellung in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses liefern.

#### **zu 2           Stellenbesetzungen innerhalb des Dezernates 5**

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet. Die Übersicht ist dem Protokoll beigelegt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um 17.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.03.2018

---

Margit Geibel  
Schriftführerin

---

Beate Steeg  
Vorsitzende